



LINKS EXTREMISMUS VERSTEHEN

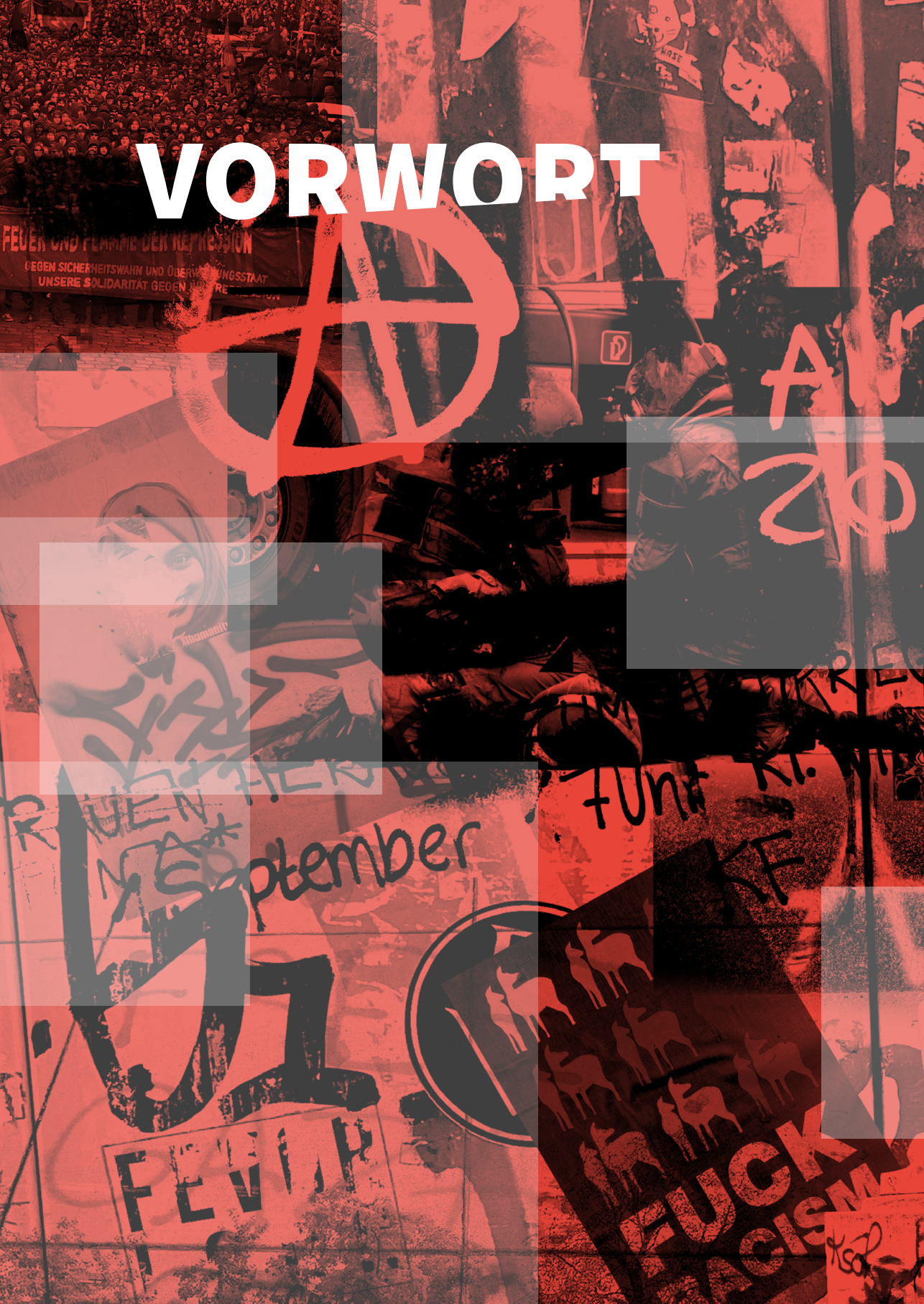
Differenzierte Perspektiven zur wirksamen Prävention

INHALT

0 Vorwort	4
1 Einführung	6
1.1 Ein kleines Themenfeld mit großer Reibungsfläche	7
1.2 Zwischen Dämonisierung und Bagatellisierung	10
1.3 „Hufeisen-Weitwurf“ und die Krise einfacher Modelle	11
1.4 Die Extremismustheorie: Ein scharfes Schwert	12
1.5 Viel Aufmerksamkeit – doch (bislang) wenig belastbare Empirie	13
2 Phänomenverständnis	14
2.1 Ein heterogenes Spektrum	15
2.2 Die linksextreme Selbstlegitimation	15
2.3 Gewalt als Zäsur	17
2.4 Radikalisierung als dynamischer Prozess	18
3 Schlussfolgerungen für die Prävention	20
3.1. Haltung ersetzt keine Analyse	21
3.2. Frühwarnsystem Gesellschaft – Die erste Warnung kommt selten vom Staat	22
3.3. Warum Prävention Konfliktkompetenz braucht	23
3.4. Wirksamkeit bleibt eine offene Frage	25
3.5. Prävention ist keine Feuerwehr	26
4 Was Prävention jetzt braucht	27
5 Ausblick	32
6 B3-Institut	34
7 Impressum	35

Gender-Hinweis

Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Broschüre das generische Maskulinum verwendet. Die verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich – sofern nicht anders kenntlich gemacht – auf alle Geschlechter.



VORWORT

Das Themenfeld Linksextremismus gehört zu den politisch sensibelsten und zugleich wissenschaftlich am wenigsten konsolidierten Phänomenen der Extremismusprävention. Zwischen Verharmlosung und Dramatisierung, zwischen Sicherheitslogik und Sympathie mit den politischen Zielen entspinnen sich Debatten, die häufig mehr über die aktuellen gesellschaftlichen Konflikte als über den Phänomenbereich selbst aussagen. Gleichzeitig fehlen belastbare Studien, einheitliche Begriffe und fachlich abgestimmte Standards.

Die vorliegende Broschüre versteht sich als Beitrag zu einer differenzierten und unaufgeregten Beschreibung. Sie stellt Besonderheiten des Phänomenbereichs dar, ordnet aktuelle Herausforderungen für die Präventionspraxis ein und leitet daraus Schlussfolgerungen für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ab. Im Mittelpunkt stehen gerade nicht ideologische Zuschreibungen, sondern vielmehr Radikalisierungsdynamiken, Präventionslogiken und Bedingungen eines wirksamen und konzertierten Handelns.

Die Broschüre plädiert für eine Prävention, die demokratische Konflikte aushält, Gewalt klar benennt und begrenzt. Sie wirbt für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, damit die Stärken beider Seiten genügend Handlungsspielraum bekommen. Und trägt so zu einem sachlichen Umgang mit einem Themenfeld bei, das politische Besonnenheit ebenso verlangt wie professionelle Klarheit.

1 EIN- FÜHRUNG

1.1 EIN KLEINES THEMENFELD MIT GROSSER REIBUNGSFLÄCHE

Schwarzgekleidete paramilitärische Blocks auf Demonstrationen. Fliegende Steine. Und jede Menge Gewalt. Parolen und Skandierungen, die Diktaturen verkünden und moralisch erheben. Selbstjustiz mit Hämmern und eine solidarische Mauer des Schweigens bei der Aufklärung von Straftaten.



Demonstration in Hamburg mit Schwarzem Block an der Demospitze. © Autonome Newsflasher-Innen, Lizenz: CC BY-SA 2.0 DE [<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/deed.en>], via Wikimedia Commons

Das alles sind Bilder, die über die Gefahren des Linksextremismus oder linker Militanz bestehen. Doch bleibt dabei der Kern dessen, was diesen Phänomenbereich ausmacht, jenseits dieser Bilder überraschend unklar. Denn dieser Phänomenbereich und auch die Prävention damit verbundener Straftaten bewegt sich in einem polemischen Feld. Akteure, die sich damit beschäftigen, spüren selbst den Druck der Instrumentalisierungen und politischen Erzählungen, mit denen auf sie und ihre Arbeit zugegriffen wird. In diesem Spannungsfeld braucht es daher eine klare und unaufgeregte Bearbeitung.

Nicht die Größe ist die Herausforderung

Wird allein auf die Anzahl politisch motivierter Straf- und Gewalttaten geblickt, zeigt sich Linksextremismus im Vergleich zum Rechtsextremismus als ein recht kleines Phänomen.¹

Anders als andere Extremismusphänomene, deren ideologischer Grundsatz häufig die Ungleichwertigkeit der Menschen ist, berührt das Feld Themen, die weit in demokratische Diskurse hineinreichen: soziale Ungleichheit, Antidiskriminierung, Klimaschutz, Machtkritik oder Antifaschismus.

Hinzu kommt: Staatliches Handeln wird – auch seitens gemäßigter, demokratischer Kräfte – selbst regelmäßig zum Gegenstand politischer Kritik. Maßnahmen gegen Militanz oder Gewalt können von Teilen der Szene als Bestätigung eigener Herrschafts- und Repressionskritik interpretiert werden. Entsprechende, manchmal geradezu reflexhafte Bekundungen von Solidarität haben hierin ihren Ursprung. Präventionsarbeit bewegt sich damit in einem Spannungsfeld, in dem dieselbe Maßnahme je nach Perspektive als notwendiger Schutz demokratischer Ordnung oder als Ausdruck staatlicher Unterdrückung gelesen werden kann. Bereits aus diesem Grund ist das Themenfeld gesellschaftlich und politisch deutlich umkämpfter, als es Fallzahlen allein vermuten lassen.

Neue Mobilisierungen

Die Handlungsfelder im Linksextremismus sind derzeit hochdynamisch. Internationale Konflikte wie der Nahost-Konflikt werden durchaus gewaltsam auch auf deutschen Straßen ausgetragen, dabei werden antisemitische Äußerungen auch mit linksextremistischen Ideologemen unterfüttert.² Militante Aktionsformen im Rahmen von klimapolitischen und kapitalismuskritischen Protesten werden zur konkreten Gefahr für kritische Infrastruktur, wie im Januar 2026 deutlich wurde.³ Die Reichweite sozialer Medien, und die damit verbundene Beschleunigung von Empörung sowie permanente Verfügbarkeit Gleichgesinnter verstärken bestehende Radikalisierungs- und Mobilisierungspotenziale.

¹ So weist die Statistik der Straf- und Gewalttaten für das Jahr 2024 des Bundesamts für Verfassungsschutz, 5.857 Straftaten (davon 532 Gewalttaten) von links im Vergleich zu insgesamt 37.835 Straftaten (davon 1.281 Gewalttaten) von rechts aus. Vgl. Statistik Linksextremismus, URL: https://www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/der-bericht/vsb-linksextremismus/vsb-linksextremismus_node.html; Statistik Rechtsextremismus, URL: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html [letzter Zugriff am 20.06.2026].

² Insbesondere antiimperialistische Vorstellungen sind hier wirkmächtig. Vgl. RIAS Jahresbericht Deutschland 2025, S. 42, URL: https://report-antisemitism.de/documents/17-06-26_RIAS_Bund_Jahresbericht_2025.pdf [letzter Zugriff am: 10.07.2026].

³ Wobei der linksextremistische Hintergrund der Taten aktuell nicht sicher belegt ist. Er wird aber als wahrscheinlich angenommen. Vgl. Pfahl-Traugber, Armin: Die „Vulkangruppe(n)“: Ein neuer Linksterrorismus? Eine Analyse zu Anschlägen zwischen Sabotage und Terrorismus, Dossier Linksextremismus, Beitrag vom 13.05.2026, URL: <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/577937/die-vulkangruppe-n-ein-neuer-linksterrorismus/> [letzter Zugriff am 16.07.2026].



Politische Statements in Dialogform auf eine Straße gesprüht „Free Gaza“ & „from Hamas“. Symbolisches Bild für neue Mobilisierungen durch den Nahost-Konflikt. © Ser Amantio di Nicolao, Lizenz: CC BY-SA 4.0 [<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>], via Wikimedia Commons

Vereint durch den Feind

Auffällig ist die wachsende strategische Anschlussfähigkeit einzelner Akteure und Gruppen. Sie zeigen sich trotz ideologischer Widersprüche und Gräben punktuell vereint im Kampf gegenüber vermeintlichen gemeinsamen Gegnern. Feindmarkierungen können dabei staatliche Institutionen, die Polizei, politische Gegner oder einzelne gesellschaftliche Gruppen, z.B. Jüdinnen und Juden, treffen.

Die Grenzen zwischen Aktivismus, Szenebindung, digitaler Mobilisierung und politischer Einflussnahme verlaufen zunehmend fließend. In Teilen der Szene wird Gewalt als militante Aktionsform als vermeintlich legitime Reaktion auf wahrgenommene gesellschaftliche Missstände verstanden, wie beispielsweise das Erstarken rechtsextremer Akteure. Gewalt erscheint dabei als notwendiges Mittel, um eine „größere Gewalt“ zu verhindern.⁴ Diese Logik ist weder neu noch ausschließlich auf linksradikale Bewegungen beschränkt, erhält jedoch gegenwärtig neue gesellschaftliche Andockstellen.

⁴ Vgl. die Äußerungen im Zuge des Prozesses der sogenannten Antifa Ost und den Überfällen in Ungarn. Wobei die Mordabsicht nach wie vor in weiten Teilen der radikalen und auch extremistischen Szenen geächtet ist. Vgl. dazu Jüttner, Julia: Mutmaßliche »Hammerbande«-Mitglieder bekennen sich zu Angriffen in Ungarn, Spiegel-online, 15.07.2026, URL: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/linksextremismus-angeklagte-der-hammerbande-schildert-motive-fuer-angriffe-in-ungarn-a-bb242689-92fc-420b-8d89-e0a9c8f09465> [letzter Zugriff am 16.07.2026].

Der Begriff selbst als Konfliktgegenstand

Hinzu kommt eine erhebliche politische und gesellschaftliche Aufladung des Themenfeldes. Während die einen vor einer Verharmlosung warnen, sehen andere die Gefahr, legitime Gesellschaftskritik vorschnell und reflexhaft zu delegitimieren. Präventionsarbeit bewegt sich damit von Beginn an in einem konfliktbeladenen Diskursraum.

1.2 ZWISCHEN DÄMONISIERUNG UND BAGATELLISIERUNG

Eine Frage der Perspektive

In der Auseinandersetzung mit Linksextremismus prallen häufig unterschiedliche politische Deutungsmuster aufeinander. Konservative und sicherheitsbehördliche Perspektiven betonen vor allem die ordnungsstörende Komponente: Gewalt, Staatsfeindlichkeit und Radikalisierungsdynamik. Kritische und speziell machtkritische Perspektiven verweisen dagegen häufig auf soziale Konflikte, Protestgeschichte, Antifaschismus oder staatliches Fehlverhalten als Kontextfaktoren.

Prävention zwischen Sympathie und Sicherheitslogik

Für die Präventionsarbeit entsteht daraus eine besondere Schwierigkeit: Wer ausschließlich sicherheitslogisch argumentiert, verliert schnell den Zugang zu relevanten Zielgruppen und sozialen Räumen. Wer umgekehrt problematische Dynamiken aus einer Haltung der politischen Sympathie heraus relativiert, unterschätzt Eskalationspotenziale und demokratiegefährdende Entwicklungen. Prävention in diesem Themenfeld muss daher beides leisten: Klare Abgrenzung gegenüber Gewalt und Demokratiefeindlichkeit sowie eine differenzierte Betrachtung politischer Kontexte, Motive und Konfliktstrukturen.

1.3 „HUFEISEN-WEITWURF“ UND DIE KRISE EINFACHER MODELLE

Warum über Modelle so heftig gestritten wird

Das Dilemma vereinfachender Modelle lässt sich am sogenannten Hufeisenmodell besonders gut nachzeichnen. Kaum ein Begriff⁵ polarisiert die Debatte stärker. Kritiker sehen darin eine problematische Gleichsetzung politischer Lager und eine Relativierung rechtsextremer Gefahren. Befürworter verweisen dagegen auf strukturelle Gemeinsamkeiten extremistischer Dynamiken unabhängig von ideologischen Inhalten.⁶

Modelle sind Landkarten, nicht das Land

Als analytische Werkzeuge können Modelle hilfreich sein. Aus sicherheitsbehördlicher Perspektive ermöglichen sie die Einordnung von Gefahrenlagen, die Vergleichbarkeit von Entwicklungen und deren statistische Erfassung, etwa im Bereich der politisch motivierten Kriminalität.

Für die pädagogische Prävention stoßen starre Kategorien jedoch häufig an Grenzen und sind sogar hinderlich. Unterschiedliche Phänomenbereiche zeigen teilweise vergleichbare Radikalisierungsdynamiken auf, unterscheiden sich jedoch zugleich erheblich hinsichtlich Ideologie, Selbstverständnis, Gewaltrechtfertigung und gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit. Entsprechend unterscheiden sich auch die Anforderungen an wirksame Prävention.

Modelle können Orientierung bieten. Sie ersetzen jedoch keine differenzierte Analyse konkreter Kontexte. Die Frage, welches Modell „richtig“ ist, ist in diesem Kontext daher gar nicht relevant. Vielmehr zählt, unter welchen Bedingungen bestimmte analytische Zugänge hilfreich oder hinderlich sind.

⁵ Dabei wird dieser Begriff auch teils bewusst polemisch, teils aus Unverständnis völlig falsch als „Hufeisentheorie“ verbrämt.

⁶ Für eine umfassende Untersuchung der Genese und Rezeption des „Hufeisenmodells“, das erstmals in den 1920er Jahren genutzt wird, vgl. dazu Franke, Nils, Die „Hufeisentheorie“. Eine unparteiische Studie, in: B3-Institut (Hrsg.), Dresden, 2025.

1.4 DIE EXTREMISMUSTHEORIE: EIN SCHARFES SCHWERT

Eine Kategorie mit politischer Wirkung

Der Begriff „Extremismus“ besitzt erhebliche politische Wirkmacht.⁷ Die freiheitlich demokratische Grundordnung (fdGO) als Bezugspunkt setzend, schafft er klare Abgrenzungen und legitimiert staatliches Handeln. Gleichzeitig birgt diese Form der Grenzziehung auch Risiken. Wird der Begriff unscharf verwendet, können auch legitime Protestformen vorschnell in die Kritik geraten. Wird er zurückhaltend eingesetzt, können problematische und gefährliche Radikalisierungsdynamiken aus dem Blick geraten.

Perspektivensensibilität ist entscheidend

Wer politische Konflikte ausschließlich durch die Extremismusbrille beobachtet, läuft Gefahr, komplexe und politische Dynamiken vorschnell sicherheitslogisch einzuordnen. Wer sich am „Phänomenbereich“ abarbeitet, wird immer in der reagierenden Position bleiben. Der Extremismusbegriff kann Orientierung schaffen. Seine analytische Schärfe bedingt jedoch eine präzise Verwendung. Wo bereits gemäßigte oder ambivalente Phänomene vorschnell als extremistisch eingeordnet werden, verliert der Begriff an Trennschärfe. Für die wirklich gefährlichen Entwicklungen stehen dann keine weiterführenden Kategorien mehr zur Verfügung. Das Schwert wird stumpf und extremistische Phänomene werden verharmlost.

⁷ Vgl. nach wie vor bedenkenswert zur kritischen Verwendung des Begriffs in den Sozialwissenschaften, Stöss, Richard: Kritische Anmerkungen zur Verwendung des Extremismuskonzepts in den Sozialwissenschaften, Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Rechtsextremismus, Artikel vom 29.01.2015, URL: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/200099/kritische-anmerkungen-zur-verwendung-des-extremismuskonzepts-in-den-sozialwissenschaften/> [letzter Zugriff am: 20.07.2026].

1.5 VIEL AUFMERKSAMKEIT – DOCH (BISLANG) WENIG BELASTBARE EMPIRIE

Viel diskutiert, wenig untersucht

Trotz der hohen politischen Aufmerksamkeit bleibt die Forschungslage im Bereich Linksextremismusprävention vergleichsweise dünn.⁸ Bislang besteht weder Einigkeit, was unter dem Phänomen Linksextremismus zu verstehen ist, noch, wie entsprechende Entwicklungen verlässlich operationalisiert werden können.⁹ Hinzu kommen fehlende Langzeitstudien, uneinheitliche Präventionsstandards und eine zu geringe Anzahl belastbarer Wirkungsanalysen.¹⁰ Vieles basiert auf Erfahrungswissen, Einzelprojekten oder Übertragungen aus anderen Phänomenbereichen.

Das Messproblem der Prävention

Die Folgen dieser Forschungsdesiderate reichen über wissenschaftliche Debatten hinaus. Wenn bereits die Begriffe umstritten sind, wird auch die Bewertung von Wirksamkeit schwierig. Die Akteure im Feld stehen vor der Herausforderung, dass sich die Wirkung bestehender Ansätze häufig weder eindeutig be- noch widerlegen lässt. Der daraus ableitbare Handlungsbedarf ist erheblich. Viele Präventionsansätze arbeiten deshalb mit plausiblen Wirkannahmen, ohne dass sich deren tatsächliche Effekte eindeutig nachweisen lassen. Nicht alles, was wirkt, lässt sich ohne Weiteres messen. Nicht alles, was gemessen wird, ist deshalb bereits wirksam.

Wissen, Erkennen, Handeln.

Gerade weil das Themenfeld politisch sensibel und wissenschaftlich stark fragmentiert ist, stoßen standardisierte Präventionslogiken an ihre Grenzen. Umso wichtiger wird ein belastbares Verständnis darüber, was bearbeitet werden soll. Bevor über geeignete Präventionsansätze gesprochen werden kann, stellt sich daher zunächst die Frage nach dem Phänomen selbst: Wovon reden wir, wenn wir über Linksextremismus und Linke Militanz sprechen?

⁸ Vgl. die Einschätzung im Forschungsmonitor motra: Kemmesies, Uwe et al. (Hrsg.): MOTRA-Monitor 2024/2025, Wiesbaden, 2026, S. 425.

⁹ Vgl. zu einem möglichen Umgang mit dieser Problematik Lehmann, Lena et al., Meine Gewaltaffinität, mein Interesse an Politik und meine Zukunftssicht? Einflussfaktoren von extremistischen Einstellungen bei Jugendlichen, in: Meinhardt, A.-K.; Redlich, B. (Hrsg.), Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt, 2020, S. 68-78, hier S. 72f.

¹⁰ Vgl. Mannewitz, Tom (2026): Linksextremismus im Umbruch: Herausforderungen für Forschung, Prävention und Behörden, coreNRW, S. 105, URL: https://www.bicc.de/Publikationen/coreNRW_Kurzgutachten-Linksextremismus-2026.pdf~dr4158 [letzter Zugriff am 20.07.2026].



2 PHÄNO- MENVER- STÄNDNIS

2.1 EIN HETEROGENES SPEKTRUM

Eine konsensfähige Definition von Linksextremismus oder Linker Militanz existiert bislang nicht. Sicherheitsbehörden und Wissenschaft setzen unterschiedliche Schwerpunkte, einzelne Akteure lehnen den Extremismusbegriff für diesen Phänomenbereich grundsätzlich ab.¹¹ Für die Präventionspraxis ist diese Kontroverse jedoch nur begrenzt hilfreich. Entscheidend ist, wie man mit vorhandenen Radikalisierungstendenzen in einem heterogenen Spektrum umgehen kann, das sich allzu einfachen Zuschreibungen entzieht.

Zum Spektrum zählen unter anderem Anarchisten, Autonome, Neomarxisten, Antideutsche, Anti-imperialisten, identitätspolitische Gruppen sowie Teile radikaler Umweltbewegungen. Gemeinsam bilden sie jedoch keine einheitliche Bewegung. Ihr ideologisches Fundament ist stark fragmentiert und teils hochgradig akademisiert. Radikalisierungsverläufe unterscheiden sich innerhalb der Szenen erheblich. Gerade diese Heterogenität erschwert pauschale Einordnungen.¹²

2.2 DIE LINKSEXTREME SELBSTLEGITIMATION

Vom guten Zweck

Linksextreme Gruppierungen verstehen sich häufig als Akteure gesellschaftlicher Befreiung. Aus ihrer Sicht dienen tiefgreifende Veränderungen von Macht-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen einem höheren moralischen Ziel. Aus dieser Perspektive kann Gewalt als notwendiges Mittel erscheinen, um eine als grundsätzlich ungerecht verstandene Ordnung zu überwinden.

Der Zweck heiligt die Mittel

Die Utopie einer künftigen sozialen Gleichheit aller Menschen und die in der Gegenwart spürbare globale Ungerechtigkeit verhindern bisweilen einen differenzierten Blick auf die Vergangenheit. Trotz der historischen Erfahrungen mit kommunistischen Diktaturen und politischem Terror verstehen sich viele linksextremistische Akteure weiterhin als moralisch legitimiert. Damit gehen selektive Verklärungen der Geschichte und häufig ein damit verbundener Geschichtsrevisionismus einher. Das politische Ziel wird zum Maßstab der historischen Bewertung: Was das eigene politische Narrativ stützt, erhält besonderes Gewicht. Erfahrungen, die dem eigenen politischen Selbstverständnis widersprechen, werden relativiert, ausgeblendet oder komplett umgedeutet.

11 Für einen Überblick dieser Ansätze aus der Perspektive der Extremismustheorie vgl. Pfahl-Traughber, Armin (2024): Die Extremismustheorie und deren Kritik. Eine kritische Prüfung verbreiteter Zerrbilder, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (3), S. 45-57.

12 Vgl. Pfundmair, Michaela (2024): Pfade zum Terrorismus: Empirische Testung eines umfassenden Modells der Radikalisierungen in unterschiedlichen Phänomenbereichen. Kurzbericht des Projekts EMRA. Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), URL: https://www.bicc.de/Pdf/2024/CoRE_Forschungspapier13_Projekt_EMRA.pdf-dr3490 [letzter Zugriff am: 09.07.2026]; Vgl. Mannewitz, 2026.

Der Staat selbst wird zum Gegner

Linksextremistische Akteure verstehen sich nicht nur als politische Gegner von Rechtsextremisten. Aus ideologischer Perspektive werden die exekutiven Organe des demokratischen Verfassungsstaates häufig in ihrer ausführenden Funktion als Träger von Gewalt und Ausdruck der Herrschaft angesehen. Staatliche Institutionen erscheinen damit nicht als neutrale Ordnungsmacht, sondern als „Teil des Problems“.



Polizisten in Schutzkleidung bei einem Protest mit Rauchfackeln.

Diese Haltung verändert den Blick auf das Handeln staatlicher Akteure grundlegend. Maßnahmen von Polizei, Justiz oder Sicherheitsbehörden werden nicht selten als Bestätigung der eigenen Herrschafts- und Repressionskritik gelesen.¹³ Der Konflikt richtet sich damit nicht allein gegen den politischen Gegner, sondern auch gegen jene Institutionen, die demokratische Ordnung gewährleisten sollen. Dazu gehören z. B. Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren, die im aktiven Einsatz angegriffen werden. Entscheidend ist in dieser Situation weniger die Person als ihre symbolische Funktion.¹⁴

Werden Einsatzkräfte bei der Ausübung ihrer Pflicht behindert, handelt es sich um Straftaten. In Teilen der linksextremistischen Szene werden diese jedoch als „Notwehr im Interesse aller“¹⁵ gerechtfertigt. Gewalt ist demnach kein Regelbruch, sondern erscheint als moralisch gebotene Handlung. Diese Argumentationsfigur reicht weit über aktuelle Debatten hinaus. Herbert Marcuse formulierte sie prägnant, als er erklärte, wer Gewalt gegen ein unterdrückendes System anwende, beginne „keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbreche die etablierte.“¹⁶

¹³ Marcuse, Herbert, Repressive Toleranz, in: Wolff, R. P. (Hrsg.), Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt 1966, S. 93–128.

¹⁴ Die Uniform wird dabei als Symbol des Staates verstanden und kann deshalb das Risiko erhöhen, Ziel von Anfeindungen oder Gewalttaten zu werden.

¹⁵ Scatman, Auf einsamen Posten, zitiert nach: Armin Pfahl-Traugber, Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: ApuZ, Heft 9–10/98, S. 48.

¹⁶ Vgl. Marcuse, 1966, S. 127.

2.3 GEWALT ALS ZÄSUR

Protest ist nicht gleich Gewalt

Das politische Protestverhalten innerhalb der linken Szenen ist ebenso vielfältig, wie die Szene selbst. Es reicht von friedlichen Demonstrationen und Formen des zivilen Ungehorsams bis zu symbolischen Störaktionen. Die gesellschaftliche Bewertung dieser Aktionsformen fällt unterschiedlich aus und bewegt sich zwischen Zustimmung, Irritation und Ablehnung.

Andere Protestformen überschreiten diese Grenzen deutlich. Sabotage an kritischer Infrastruktur, Angriffe auf Einsatzkräfte oder gezielt eingesetzte körperliche Gewalt sind keine Formen des legitimen politischen Protests mehr, sondern Straftaten. Entsprechend gering ist ihre gesellschaftliche Akzeptanz außerhalb der jeweiligen Sympathisantenszene.

Das linksextremistische Spektrum ist nicht insgesamt gewalttätig,¹⁷ jedoch wird die Frage nach Legitimität von Gewalt innerhalb der Szenen kontrovers und rege diskutiert. Für die einen gefährdet sie die Glaubwürdigkeit politischer Anliegen. Andere betrachten gewaltbereite Gruppen als notwendige militante Avantgarde. Hintergrund hierfür ist die Vorstellung, staatliche Institutionen dienen der Stabilisierung bestehender Macht- und Eigentumsverhältnisse. Polizei erscheint damit nicht als neutrale Ordnungsmacht, sondern als Garant gesellschaftlicher Ungleichheit. Gewalt gegen staatliche Repräsentanten wird aus dieser Perspektive teilweise als legitimer Widerstand interpretiert. Die Debatten rund um den G20-Gipfel in Hamburg machten diese innerlinken Konfliktlinien öffentlich sichtbar.¹⁸

Wo der Rechtsstaat die Grenze zieht

Politisch motivierte Gewalt überschreitet die Grenze zwischen politischer Überzeugung und strafbarem Handeln. Moralische Überzeugungen werden dabei über geltendes Recht gestellt. Der demokratische Rechtsstaat zieht diese Grenze anders: Das staatliche Gewaltmonopol und das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit gelten unabhängig von politischen Zielen. Der Einsatz von physischer Gewalt als Protestform ist illegitim und wird vom Großteil der Bevölkerung inner- und außerhalb der Szenen abgelehnt.¹⁹ Die dennoch vorhandene Attraktivität kompromissloser Durchsetzung der eigenen Ziele für radikalisierte Menschen machen den Umgang mit Gewalt für die Prävention zu einer zentralen Herausforderung.

¹⁷ Der Begriff linksextremistisch bezieht sich hier auf die Ablehnung der Basiswerte einer modernen Demokratie, nicht nur bei Gewalttaten, sondern auch im Legalismus.

¹⁸ Noch im Vorfeld des G20-Gipfels 2017 in Hamburg wollten die Organisatoren der Gegendemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ nicht zu generellem Gewaltverzicht aufrufen. Vgl. Holdmann, Hendrik: G20: Warum sich ein Linken-Politiker nicht gegen Gewalt ausspricht, 06.07.2017 [letzter Zugriff am 30.07.2026].

¹⁹ Bezug genommen wird hier auf die Studie von Andreas Zick et al., „Die angespannte Mitte“, vgl. dazu mrc (2024): AfD-Anhängerschaft laut Studie deutlich gewaltbereiter als Wählende anderer Parteien, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-anhaenger-zeigen-deutlich-hoere-gewaltbereitschaft-studie-zu-politischer-gewalt-a-6ad2ba6f-c5f6-4e3f-8191-23661e124238> [letzter Zugriff am 30.06.2026].

2.4 RADIKALISIERUNG ALS DYNAMISCHER PROZESS

Der notwendige Unterschied

Linke und rechte Radikalisierungsprozesse folgen unterschiedlichen Dynamiken. Wer Präventionsansätze aus einem Phänomenbereich unreflektiert auf den anderen überträgt, kann den jeweiligen Besonderheiten nicht gerecht werden. Radikalisierungsprozesse folgen keinem universellen Muster, sondern unterscheiden sich mit zunehmender ideologischer Verfestigung phänomenspezifisch. Während rechtsextreme Radikalisierungen häufig durch Einstellungen wie autoritäre Orientierung und Abwertung anderer Gruppen sowie durch persönlich erfahrene Benachteiligung geprägt sind, ist die Forschungslage für linksextreme Radikalisierungen uneinheitlicher.²⁰ Gleichzeitig beginnen Radikalisierungsprozesse häufig mit Entwicklungen, die sich zunächst kaum phänomenspezifisch unterscheiden lassen.

Radikalisierung im Zusammenspiel vieler Faktoren

Eine Radikalisierung entsteht nicht aus dem Nichts oder durch einen einzelnen Auslöser. Vielmehr greifen Faktoren wie Biografie, soziale Beziehungen, gesellschaftliche Ereignisse und individuelle Sinnsuche in der Entstehungsgeschichte ineinander. Erst im Verlauf dieses Prozesses verfestigt sich eine ideologische Orientierung die sich am Ende im linken, rechten oder religiös motivierten Extremismus ausdrücken kann. Doch dies entscheidet sich oft erst am Ende einer Radikalisierung.²¹ Dabei ist es wichtig zu unterscheiden, dass linke Radikalisierungen häufig nicht durch Individualinteressen dominiert werden. Die Opfersensibilisierung, die allgemein bei Radikalisierungsentwicklungen nachweisbar hoch ist, richtet sich in rechten Radikalisierungsprozessen stärker auf das persönlich empfundene Unrecht. Der linke Radikalisierungsprozess wiederum wird weniger durch individuell erfahrenes Unrecht als durch wahrgenommenes gesellschaftliches Unrecht geprägt. Eine konkrete Mobilisierung zum Linksextremismus erfolgt dann oft ereignisbezogen.²² Die Sozialisation ins radikal linke Spektrum erfolgt tendenziell im bildungsaffinen und urbanen Umfeld. Gerade urbane Räume bieten durch eine hohe Dichte sozialer Kontakte, alternativen Lebensformen und subkulturellen Szenen vielfältige Anschlussmöglichkeiten. Der Zugang erfolgt häufig über Freundeskreise, Hochschulen und studentische Kontexte. Dabei ist die tatsächliche Mobilisierung von Straftaten in diesem Bereich fluktuierend und dynamisch und vorrangig ereignisbezogen. Erlebte Polizeigewalt, gesellschaftliche Konflikte oder polarisierende Debatten können diese

Radikalisierungsprozesse deutlich beschleunigen. Erlebte Polizeigewalt, gesellschaftliche Konflikte oder polarisierende Debatten können diese Radikalisierungsprozesse deutlich beschleunigen.²³



Polizisten nehmen eine verummte Person fest.

Digitalisierung als Katalysator

Die Digitalisierung übernimmt in Bezug auf Radikalisierung die Funktion eines Reaktionsbeschleunigers. Die Bedeutung digitaler Medien für den Linksextremismus ist bislang deutlich weniger erforscht als für den Rechts- und religiösen Extremismus. Nach bisherigem Kenntnisstand unterscheiden sich jedoch die Nutzungsformen. Während digitale Räume in anderen Phänomenbereichen häufig auch der Rekrutierung und eigenständigen Radikalisierung dienen, stehen im linksextremistischen Spektrum eher Vernetzung, Mobilisierung und interne Kommunikation im Vordergrund.²⁴ Persönliche Kontakte behalten für den Einstieg in die Szene eine hohe Bedeutung.²⁵ Hinzu kommt ein ausgeprägtes Sicherheitsbewusstsein. Verschlüsselte und klandestine Kommunikationsformen sowie szenespezifische, aber offene Plattformen erschweren sowohl die wissenschaftliche Analyse als auch die Entwicklung geeigneter Präventionsansätze. Digitale Medien verändern damit weniger die Radikalisierung an sich als vielmehr deren Geschwindigkeit, Reichweite und Koordinationsfähigkeit. Prävention steht vor der Herausforderung, dafür geeignete Formate zu finden, die den Phänomenspezifika gerecht werden.

²⁰ Vgl. Pfundmair, 2024, S. 6–8.

²¹ Vgl. Beelmann, Andreas, Radikalisierung als abweichende Sozialentwicklung. Bedingungen und Präventionsmöglichkeiten, in: Beelmann, A., Michelsen, D. (Hrsg.), Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen, Wiesbaden, 2022, S. 153–178.

²² Beelmann, Andreas et al., Wirksame Prävention ist entwicklungsbasiert zu gestalten, in: Beelmann, A., Lehmann, L. (Hrsg.), Radikalisierung im digitalen Zeitalter. Handlungsempfehlungen an Politik, Praxis und Gesellschaft, Jena, 2022, S. 51–68, S. 56.

²³ Vgl. die Einschätzung, dass linksextremistischer Gewalt im Zeitverlauf starken Schwankungen unterliegt und sich „Ausreißerjahre“ erst in der Retrospektive einschätzen lassen, Vgl. Mannewitz, 2026, S. 69–70.

²⁴ Der Nutzungsfokus liegt dabei stärker auf inhaltlichen Aspekten wie z.B. der Opferhilfe, dem Verhalten bei Festnahmen oder Rechtsbelehrungen.

²⁵ Vgl. Mannewitz, 2026, S.61–63.

3

SCHLUSS- FOLGE- RUNGEN FÜR DIE PRÄVENTION

3.1 HALTUNG ERSETZT KEINE ANALYSE

Prävention braucht (Selbst-)Reflexion

Politische Konflikte, gesellschaftliche Ungleichheiten oder Fragen von Macht und Teilhabe bilden häufig den Ausgangspunkt allgemeiner Radikalisierungsprozesse. Diese können Grundlage und Seismograph für wichtige gesellschaftliche Veränderungen sein. Sie können sich gleichzeitig aber auch destruktiv entwickeln und zu Gewalt führen. Präventionsakteure bewegen sich daher in einem Spannungsfeld eigener und gesellschaftlicher Überzeugungen. Wer in diesem Feld arbeitet, ist nicht frei von politischen Vorannahmen, Sympathien oder Antipathien. Aus diesem Grund gehört die kritische Reflexion der eigenen Haltung zur professionellen Praxis.

Prävention braucht Differenzierung

Dies gilt insbesondere dort, wo gesellschaftliche Protestbewegungen Anliegen artikulieren, die weit über die eigentlichen Szenen hinaus auf Zustimmung stoßen. Umwelt- und Klimaschutz, Antidiskriminierung, soziale Gerechtigkeit oder der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus sind legitime Bestandteile demokratischer Auseinandersetzung. Auch die Frage nach struktureller Machtverteilung, der Zugänglichkeit zu Ressourcen sowie die Verteilung von Privilegien sind unbequeme, aber durchaus wesentliche Fragen für eine gesunde und offene Gesellschaft, wenngleich der Diskurs naturgemäß selten konfliktfrei verläuft. Präventionsarbeit darf diese Konflikte weder pauschal problematisieren noch romantisieren. Entscheidend ist nicht die politische Zielsetzung, sondern die Frage, welche Mittel eingesetzt, welche Feindbilder wie ausschließend gezeichnet und ob demokratische Spielregeln anerkannt werden.

Prävention braucht Ambivalenz

Gerade in einem hoch polarisierten Diskursraum reicht eine klare Haltung allein deshalb nicht aus. Professionelle Präventionsarbeit benötigt die Fähigkeit, unterschiedliche Perspektiven auszuhalten, Ambivalenzen zu signalisieren und Konflikte differenziert zu betrachten. Fachlichkeit zeigt sich in diesem Feld vor allem darin, demokratische Konflikte nicht vorschnell zu problematisieren, Radikalisierungsdynamiken jedoch frühzeitig zu erkennen und klar zu benennen. Sie verbindet konsequente Ablehnung von Gewalt mit der Fähigkeit, auch dort beziehungsfähig zu bleiben, wo politische Positionen irritieren, provozieren oder den eigenen Überzeugungen widersprechen.

3.2 FRÜHWARNSYSTEM GESELLSCHAFT – DIE ERSTE WARNUNG KOMMT SELTEN VOM STAAT

Radikalisierung wird zuerst im Nahbereich sichtbar

Radikalisierungsprozesse fallen häufig zuerst dort auf, wo junge Menschen leben, lernen, arbeiten und in Beziehungen stehen: Sei es in Familien, Vereinen, Schulen, Jugendhilfe, Hochschulen oder lokalen Initiativen. Problematische Veränderungen werden hier wahrgenommen, lange bevor daraus sicherheitsrelevante Sachverhalte werden. Diese Räume sind daher wichtige Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen und verfügen häufig über einen mehrdimensionalen Zugang zu Personen und Milieus, der staatlichen Stellen nicht gleichermaßen offensteht.



Graffiti-Schriftzüge aus dem linken Milieu an einer Basketball-Anlage. © Pere Ubu Lizenz: CC BY-SA 4.0 [<https://de.wikipedia.org/wiki/Connewitz#/media/Datei:Streetballplatz-connewitzer-kreuz.jpg>]

Warum wichtige Präventionsakteure nicht allein in Behörden sitzen

Für wirksame Prävention genügt es deshalb nicht, einzelne Akteure isoliert zu stärken. Hilfreich ist vielmehr ein Zusammenspiel unterschiedlicher Perspektiven. Sicherheitsbehörden, Bildungsinstitutionen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verfügen über jeweils eigene Zugänge und Autoritäten, Beobachtungen und Handlungsmöglichkeiten. Keine Institution allein kann das komplexe Gesamtbild von Radikalisierungsprozessen erfassen. Eine abgestimmte Präventionsarchitektur („360°-Prävention“) braucht daher sinnvolle Schnittstellengestaltung, um die jeweiligen Stärken gut und ziel führend zu nutzen.

Komplexen Herausforderungen vernetzt begegnen

Gerade im Bereich der selektiven bzw. indizierten Prävention²⁶ wird Handlungssicherheit gestärkt, indem Informationen, Erfahrungen und Zugänge sinnvoll zusammengeführt werden. Prävention braucht deshalb belastbare Netzwerke, verlässliche Ansprechpartner und geschützte Räume für fachlichen Austausch. Erfolgreiche Präventionsarbeit ist weder ausschließlich staatlich noch ausschließlich zivilgesellschaftlich. Erfolgreiche Prävention schafft ein Zusammenspiel, bei dem unterschiedliche Akteure ihre jeweiligen Stärken in ein koordiniertes Vorgehen einbringen.

3.3 WARUM PRÄVENTION KONFLIKTKOMPETENZ BRAUCHT

Staatskritik & Gewaltfrage vs. (polizeiliche) Prävention

Auch wenn autoritäre linksextreme Gruppierungen teilweise Sympathien für starke Staatsapparate zeigen, gilt dies ausdrücklich nicht für die Bundesrepublik. Staats- und Herrschaftskritik gehören vielmehr zum ideologischen Kern vieler radikal linker Strömungen. Daraus entsteht ein grundlegendes Spannungsverhältnis zwischen jenen, die sich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung widmen und jenen, die eben diese Ordnung überwinden oder grundlegend verändern wollen. Die Diskussion, ob und unter welchen Bedingungen Gewalt hierfür legitim sein kann, wird innerhalb der Szenen kontrovers geführt. Präventionsarbeit muss diese Konflikte kennen, zugleich aber ihre eigenen roten Linien deutlich aufzeigen. Gerade der Schutz gesellschaftlicher Freiräume setzt klare Grenzen gegenüber Gewalt voraus.

Nicht jede Eskalation ist ein Sicherheitsproblem

Grundlegende Konfliktkompetenz bedeutet, rechtzeitig zu erkennen, wann aus einem Konflikt eine Sicherheitsgefährdung zu werden droht, welche Interventionen an welchem Punkt noch präventiv und welche bereits eskalierend wirken. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch: Wer jeden Konflikt als Sicherheitsproblem behandelt, ist selbst Teil der Eskalation. Wird staatliche Repression ohne die erforderliche Konfliktkompetenz eingesetzt, kann sie kontraproduktive Effekte entfalten und im Extremfall Gegengewalt begünstigen. Denn unverhältnismäßige oder als ungerecht erlebte Repressionen stärken eher die Gruppenidentifikation, bestätigen Feindbilder und liefern Legitimationsnarrative.²⁷ Konfliktkompetenz in der Prävention bedeutet deshalb auch, sicherheitsbehördliches Handeln einordnen und erklären zu können – nicht um es zu rechtfertigen, sondern um Eskalationsdynamiken zu unterbrechen, bevor sie sich verselbständigen.

²⁶ Vgl. zur Begrifflichkeit der verschiedenen Präventionskonzepte Greuel, Frank: Zum Konzept der Prävention. Ein Plädoyer für engere Grenzen, bpb Radikalisierungsprävention Islamismus, 20.07.2020, URL: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/311923/zum-konzept-der-praevention/> [letzter Zugriff am 18.06.2026].

²⁷ Vgl. Pfundmair, 2024, S. 6–8.

Moderation statt Moralisierung

Die Adoleszenz geht mit einem erhöhten Radikalisierungspotenzial einher.²⁸ Diesen Umstand für die Prävention anzunehmen, meint nicht die Billigung extremistischer Ausprägungen, sondern die Anerkennung, dass radikale Haltungen, besonders in der Jugend, durchaus zur biographischen Normalität gehören und zudem oft aus echten Erfahrungen von Ungerechtigkeit, Ohnmacht oder Ausgrenzung heraus entstehen. Wer diese Erfahrungen wegmoralisiert, verliert den Gesprächspartner. Wer sie ernst nimmt, ohne die daraus gezogenen Schlüsse zu übernehmen, öffnet Begegnungsräume. Einfache Moralisierung verkennt die Beziehungsmechanismen in pädagogischer Arbeit. Moderation statt Moralisieren als Haltung bedeutet, dass man Widerspruch als Präventionsakteur aushalten können muss – es bedeutet, dass Differenzieren möglich sein muss ohne Lebenswelten damit zu relativieren. Dieser Ansatz ist anspruchsvoller und langwieriger, aber auch wirksamer.



Ergebnisse eines Workshops für Jugendliche zum Thema Linksextremismus. © Karuna eG

3.4 WIRKSAMKEIT BLEIBT EINE OFFENE FRAGE

Handlungssicherheit statt Gesinnungsänderung

Erfolgreiche Prävention bedeutet nicht, Menschen die „richtigen“ politischen Überzeugungen in Workshops zu vermitteln. Das Phänomen von deviantem Verhalten und extremistischen Einstellungen lässt sich nicht einfach „wegmachen“. Es ist vielmehr ein Preis, den wir für eine freie Gesellschaft mit Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung zahlen. Dies bedeutet für unsere Gesellschaft, zu akzeptieren, dass es das Phänomen Extremismus immer geben wird. Doch heißt das ausdrücklich nicht, Extremismus und seine Begleiterscheinungen einfach hinzunehmen. Der Beitrag guter Prävention liegt darin, Fachkräfte, Lehrkräfte, Sozialarbeiter und andere Multiplikatoren für diese Realität gut aufzustellen, in die Lage zu versetzen, problematische Entwicklungen frühzeitig wahrzunehmen und angemessen darauf zu reagieren. Handlungssicherheit beinhaltet, Radikalisierungsdynamiken von jugendtypischer Provokation unterscheiden zu können, Eskalationssignale zu erkennen oder geeignete Unterstützungs- und Beratungsangebote einzubeziehen. Prävention wird dort wirksam, wo Unsicherheit abnimmt und professionelle Urteilsfähigkeit wächst.

Wirkung im Umfeld schaffen

Die Wirksamkeit von Prävention hängt in hohem Maße von den Menschen und Institutionen ab, die im Alltag Kontakt zu potenziell gefährdeten Personen haben. Sie fungieren als sozialräumliche Signalgeber und schaffen Zugänge, die späteren Maßnahmen oder Interventionen oft erst den Weg bereiten.²⁹

Präventive Wirkung gelingt, wenn diese Akteure problematische Entwicklungen erkennen, Informationen weitergeben, Verantwortung übernehmen und im Bedarfsfall auf bestehende Unterstützungsstrukturen zurückgreifen können. Wo solche Verbindungen funktionieren, steigen die Chancen auf frühzeitiges Reagieren und wirksame Bearbeitung von Radikalisierungsdynamiken.

Das Präventionsparadox

Präventionsarbeit hat ein Nachweisproblem.³⁰ Ihr Erfolg besteht per Definition darin, dass etwas nicht geschieht: dass Eskalation verhindert, Gewaltspiralen unterbrochen, Feindbilder in ihrer Verfestigung irritiert werden. Ihre Wirkung ist schwer zu greifen. Die üblichen Parameter der Förderlogik messen die Teilnehmendenstruktur und Häufigkeit von Maßnahmen, selten jedoch die Wirksamkeit. Was verhindert wurde, erscheint in keiner Statistik. Von Verantwortungsträgern wird Präven-

²⁸ Coutant, Sélène (2025): Radikalisierung im Jugendalter, Ausgewählte Forschungsergebnisse zur Radikalisierung Jugendlicher und zur Rolle digitaler Medien, in: *Television*, 38/2025/2, URL: https://izi.br.de/deutsch/publikation/television/38_2025_2/Coutant-%20Radikalisierung_im_Jugendalter.pdf [letzter Zugriff am 31.07.2026].

²⁹ Ziegler, Isabell et al.: Zugänge, Handlungsstrategien und Wirkannahmen. Erster Schwerpunktbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsfelds „Extremismusprävention“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, Frankfurt a. M., 2021, URL: https://www.vielfalt-media-thek.de/wp-content/uploads/2023/10/Zusammenleben-in-der-Migrationsgesellschaft_Schwerpunktbericht-Extremismuspraevention.pdf [letzter Zugriff am 04.06.2026].

³⁰ Vgl. dazu den Befund zur Sekundärprävention von Mannewitz, 2026, S. 105.

tion oft dann gefordert, wenn der politische Druck aufgrund von Vorfällen steigt. Diese Dynamik ist angesichts knapper Ressourcen nachvollziehbar. Und gleichzeitig kann Prävention keine Intervention sein. Prävention wirkt langfristig.³¹

Zudem hinterlässt nicht jede gelungene Präventionsmaßnahme Harmonie. Effektive Prävention beginnt dort, wo Widersprüche sichtbar und Konflikte offen angesprochen werden. Dies stellt hohe Ansprüche an die Belastbarkeit und Reflexionsfähigkeit der Präventionsakteure. Wer Prävention ausschließlich über Zustimmung, Zufriedenheit oder Reichweite bewertet, übersieht einen wesentlichen Teil ihrer Wirkung.

3.5 PRÄVENTION IST KEINE FEUERWEHR

Prävention ist keine Intervention, sondern Beziehungsarbeit

Prävention bedeutet Investieren in die Zukunft, damit Eskalationen vermieden und Interventionen reduziert werden können. Leider wird nach präventiver Arbeit häufig erst verlangt, wenn sprichwörtlich das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Und damit wird Prävention als reaktives Instrument missverstanden. Wirksame Prävention ist kein „Sondereinsatzkommando“ oder ein „Phänomen-Wegmacher“. Wirksame Prävention im Themenfeld Linksextremismus braucht Zeit, Verlässlichkeit und Kontinuität in der Beziehungsarbeit. Denn Menschen radikalisiert sich nicht im Vakuum, sondern im erlebten Sozialraum. Was Prävention hier von bloßer Intervention unterscheidet, ist die Qualität der Beziehung. Intensität, Kontinuität und Frequenz erzeugen Vertrauen und echte Auseinandersetzung – das eigentliche Handwerkszeug der Präventionsarbeit. Wer Beziehung als Nebensache behandelt, arbeitet im Linksextremismus an der Sache vorbei. Um das zu erreichen, braucht es eine breite, mehrstufig aufgestellte Bildungsarbeit zur Radikalisierungsprävention.

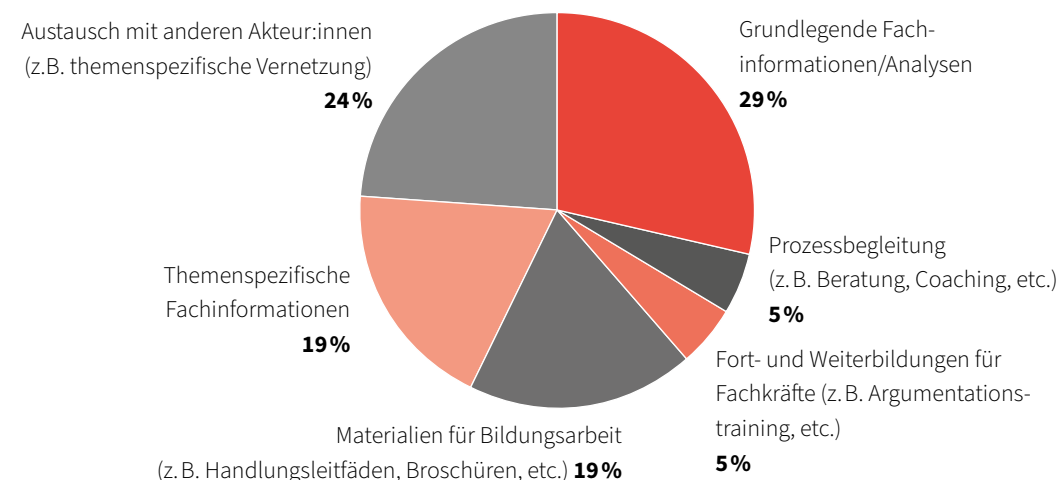
Deeskalation muss im Vorfeld stattfinden

Auch für die Wahl der Sprache in der Prävention gilt, dass der Bereich Linksextremismus anders als andere Extremismen behandelt werden will. Es braucht unaufgeregte, sachliche und evidenzbasierte Diskurse ohne Panikmache und Alarmrhetorik, sodass sich Präventionsakteur und Szene glaubhaft begegnen können. Ermöglicht wird eine langfristige Auseinandersetzung über das realistische Gefährdungspotential des politischen Spektrums, die sich von einer hitzig geführten Debatte unterscheidet, die reflexartig im Anschluss auf linksextremistisch motivierte Anschläge meist polarisierende Effekte in die Gesellschaft ausstrahlt. Mit dieser Zugangsvariante kann man gleichsam den Kontakt aufrechterhalten, die Beziehung zwischen einer starken politisch linken Meinung und den möglichen Extremisten der Szene nicht abreißen und Haltungsfragen permanent einfließen lassen.

Fachlichkeit braucht starke Wurzeln

Viele Lehrkräfte und Präventionsakteure wünschen sich für ihre Arbeit mehr fachliche Unterstützung im Themenfeld Linksextremismus.

Welche Angebote wären Ihnen aktuell am hilfreichsten?



Auszug aus der Bedarfsabfrage im Themenfeld Linksextremismusprävention 2025; insgesamt 22 Befragte. © B3-Institut

Um die praktische Prävention hier zu unterstützen, braucht es mehr Grundlagen- und Extremismusforschung sowie langfristige Förderungen in der Radikalisierungsprävention. Es braucht Schulung von Lehrkräften, Schulpsychologen, Sozialarbeitern zur Früherkennung und unterstützend den Aufbau regionaler Forschungs- und Praxisnetzwerke sowie eine Sensibilisierung von Bildungseinrichtungen. In Extremfällen ist eine qualifizierte Einzelfallberatung unumgänglich. Betroffene Eltern und das soziale Umfeld benötigen Handlungsmaterialien und es bedarf Alternativangebote, damit Betroffene der Radikalisierungsspirale nachhaltig entzogen werden können.

All das sollte idealerweise fachlich begleitet und evaluiert werden. Präventionsarbeit braucht Professionalisierung und die kommt nicht von selbst. Sie entsteht durch Erfahrung, Reflexion, Austausch und verbindliche Standards. Aktuell fehlen diese im Themengebiet Linksextremismus. Solange bleibt praktische Präventionsarbeit vom individuellen Zugang einzelner Personen abhängig und wird in hohem Maße situativ und fragil. Strukturelle Verankerung und fachliche Qualitätssicherung sind deshalb keine bürokratischen Zusatzaufgaben, sondern Voraussetzungen für die Wirksamkeit in der künftigen Arbeit. Denn insbesondere die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen muss professionell evaluiert werden, damit sich eine effektive Best Practice Pädagogik im Themenfeld etablieren kann.

Effektive Prävention ist kein Luxus. Es ist eine Notwendigkeit, die in der Zukunft von steigender Bedeutung und gesamtgesellschaftlichem Nutzen sein wird.

³¹ So weisen Treskow und Baier zutreffend darauf hin, dass die Anerkennung der Lebenswelt und Ziele der Jugendlichen bzw. Jungerwachsenen, die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Präventionsangebote angenommen werden. Vgl. dazu Treskow, Laura; Baier, Dirk, Einflussfaktoren und Prävention von Linksextremismus, in: forum kriminalprävention, 01/2021, S. 16, URL: https://www.forum-kriminalpraevention.de/files/1Forum-kriminalpraevention-webseite/pdf/2021-01/Einflussfaktoren_Linksextremismus.pdf [letzter Zugriff am: 20.07.2026].



4

WAS PRÄVENTION JETZT BRAUCHT

SIEBEN THESEN FÜR EIN SCHWIERIGES FELD

THESE 1: NICHT ALLES, WAS RADIKAL IST, IST DEMOKRATIEGEFÄHRDEND. GEWALT MARKIERT DIE GRENZE.

Demokratische und freie Gesellschaften müssen Kritik, Protest und radikale Positionen aushalten. Dies darf kein Feigenblatt sein, sondern bezieht sich auch und insbesondere auf fundamentale Formen der Kritik. Dies ist ein wichtiger Motor und elementarer Grundstein für eine offene Gesellschaft und Meinungsfreiheit. Prävention verliert jegliche Glaubwürdigkeit, wenn politische Dissidenz vorschnell sicherheitslogisch bearbeitet wird. Es braucht aber auch klare Grenzen und Haltungen: Wer Gewalt zur Erreichung auch legitimer politischer Ziele anwendet, verlässt den gemeinsamen Grundkonsens unserer Demokratie und begibt sich in den strafrechtlich relevanten Bereich.

THESE 2: PRÄVENTION BEGINNT IM ALLTAG.

Radikalisierungsprozesse offenbaren sich zuerst in den Veränderungen zwischenmenschlicher Beziehungen. Dort, wo Menschen ihren Alltag miteinander verbringen: in Familien, in Schulen und Hochschulen, in Vereinen und Jugendtreffs. Prävention beginnt deshalb häufig außerhalb staatlicher Institutionen und akzeptiert radikale Positionen als mögliche Seismographen gesellschaftlicher Konflikte. Gleichzeitig beginnt Radikalisierung oft phänomenunspezifisch und unterscheidet sich erst mit zunehmender ideologischer Verfestigung. Politische Steuerung sollte diese Beobachtungen mitdenken und lokale Handlungskompetenzen stärken sowie diese behutsam mit staatlichen Akteuren vernetzen.

THESE 3: BEZIEHUNG IST DER ZENTRALE WIRKFAKTOR IN DER PRÄVENTION.

Die Voraussetzung für effektive Prävention ist, dass Gespräche überhaupt möglich werden. Anders als bei sicherheitsbehördlichen Perspektiven braucht es bei zivilgesellschaftlich getragener Prävention daher neben klaren Regeln auch pädagogische Graubereiche für eine konstruktive Fehlerkultur. Gerade in politisch aufgeladenen Milieus entscheidet die Qualität der Beziehung häufig darüber, ob Irritation, Reflexion und Distanzierung überhaupt zugelassen werden. Fachwissen bleibt selbstverständlich notwendig, für eine nachhaltige Wirkung benötigt dieses jedoch belastbare Beziehungen.

THESE 4: FACHLICHKEIT BRAUCHT DIE ANERKENNUNG VON UNSICHERHEIT.

Im Themenfeld Linksextremismus fehlen belastbare Wirkungsstudien, einheitliche Begriffe und fachliche Standards. Politische Entscheidungen müssen dennoch getroffen werden. Es ist ein Kennzeichen guter Fachlichkeit, nicht vorschnell in Gewissheiten zu verharren, sondern die Reflexion der eigenen Unsicherheit zu suchen. Dabei ist es für die Koordination von Prävention wichtig, Erfahrungen, Forschung und Praxis kontinuierlich zusammenzuführen.

THESE 5: GUTE STANDARDS ERMÖGLICHEN EINEN DISKURS AUSSERHALB VON SCHUBLADEN.

Radikalisierungsprozesse verlaufen selten geradlinig und gleichförmig. Eskalationsdynamiken, Desintegrationsphänomene und Feindbildkonstruktionen treten in allen Phänomenbereichen auf, auch wenn sich Ideologien unterscheiden. Fachliche Standards sollten intersubjektiv, erfahrungsbasiert und professionell vereinbart werden. Es ist zu prüfen, welche Kriterien aus anderen Phänomenbereichen für die Linksextremismusprävention relevant und welche phänomeneigen sind. Langfristig gilt es, eine gemeinsame pädagogische Sprache und Haltung im Umgang mit linker Militanz und Linksextremismus zu etablieren – jenseits politischer Zuschreibungen und ideologischer Abwehr.

THESE 6: PRÄVENTION SCHAFFT KEINE GESINNUNGEN, SONDERN HANDLUNGSSICHERHEIT.

Prävention ist kein Reparaturbetrieb und keine Feuerwehr. Extremismusphänomene können nicht mit Programmen „weggemacht“ werden. Weder lassen sich politische Überzeugungen verordnen noch gesellschaftliche Konflikte einfach auflösen. Und gleichzeitig gilt auch: Prävention kann mittelfristig dazu beitragen, Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu erkennen, angemessen zu handeln und Eskalationen zu begrenzen. Gestärkte Handlungssicherheit ist daher ein wesentliches Ergebnis effektiver Prävention.

THESE 7: VERTRAUEN LÄSST SICH NICHT VERORDNEN. ES MUSS ERMÖGLICHT WERDEN.

Vertrauen kann entstehen, wenn Menschen über längere Zeit verlässliche Beziehungen erleben. Politik kann dieses Vertrauen nicht anordnen. Sie kann jedoch Rahmenbedingungen schaffen, in denen glaubwürdige Akteure, belastbare Netzwerke und langfristige Kooperationen entstehen. Klare Rollenabsprachen und ein gutes Erwartungsmanagement stärken zudem das Vertrauen der zivilgesellschaftlichen Präventionsakteure in die staatlichen Strukturen. In diesem gegenseitigen Vertrauensnetz liegt eine zentrale Ressource wirksamer Prävention, damit alle beteiligten Akteure ihre Stärken konstruktiv einsetzen können.



5 AUSBLICK

PRÄVENTION IM SPANNUNGSFELD GESELLSCHAFTLICHER POLARISIERUNG

In den kommenden Jahren wird das Themenfeld nicht zur Ruhe kommen. Internationale Konflikte, digitale Echokammern und deren emotionale Zuspitzungsdynamiken sowie sinkendes Institutionenvertrauen verändern bereits heute die Bedingungen politischer Mobilisierung. Gleichzeitig verlieren klassische Szenelogiken und -bindungen an Eindeutigkeit. Milieus werden fluider und Protestformen hybrider. Zugleich zerfasern ideologische Grenzen zunehmend.

Gerade deshalb braucht Prävention künftig noch mehr „fachliche Beweglichkeit“ und Multiperspektivität. Die Herausforderung in einer Welt mit zunehmenden autoritären Tendenzen besteht darin, dem sicherheitslogischen Reflex auf politische Radikalität nicht zu schnell nachzugeben. Denn Repression wirkt – aber nur, wenn sie die Richtigen trifft. Trifft sie zu früh, befeuert sie Radikalisierung. Entscheidend wird daher vielmehr sein, die Stärken der vielfältigen Perspektiven der Präventionsakteure: politisch Verantwortliche, staatliche Institutionen, Verwaltung und Zivilgesellschaft, zu bündeln. Es gilt, Eskalationsdynamiken frühzeitig zu erkennen, Gewaltlegitimationen zu bearbeiten und demokratische Konfliktfähigkeit zu stärken.

6 B3-INSTITUT

Das B3-Institut ist ein gemeinnütziger Träger mit Sitz in Dresden und hat langjährige Erfahrung in politischer Bildung, mobiler Beratung und Prozessbegleitung. In zahlreichen Projekten verfolgt der Verein einen systemischen Ansatz und setzt sich für die Stärkung der demokratischen Kultur und deren Prozesse unter Beteiligung der Menschen vor Ort ein.

In Link:up, dem Kooperationsnetzwerk Prävention Linksextremismus zum Aufbau einer Bundesinfrastruktur, übernimmt das B3-Institut die Koordinierungsstelle und sorgt dafür, dass Expertise sichtbar, Erfahrungen teilbar und Zusammenarbeit möglich wird. Das B3-Institut fungiert als Brücke zwischen Praxis und Politik – als Schnittstelle, an der Themen sortiert, Perspektiven verknüpft und Impulse gesetzt werden.

Das Team verfügt über eine langjährige Erfahrung in der Präventionsarbeit im Themenfeld. Neben konkreter Expertise im Sozialraum Leipzig bringt es Erfahrungen als Schnittstelle in der Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Trägern und Strukturen mit Landesbehörden und Verwaltungen, zum Beispiel als Dienstleistungsauftrag im Rahmen der Landesstrategie Allianz Sichere Sächsische Kommune (ASSKomm) und Prävention im Team (PiT) sowie der Mobilen Beratung mit.

7 IMPRESSUM

Herausgegeben von B3 - Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e.V.

Hospitalstraße 13, 01097 Dresden

info@institut-b3.de

Redaktion: Tobias Banaszkiewicz, Ulrike Geisler

Vorstand nach § 26 BGB; Geschäftsführer; gesetzliche Vertretung des Vereins:

Martin Ziegenhagen (Vorsitzender), Paul Würdig-Fugmann, Roy Schlesinger (Geschäftsführer)

Gestaltung: heilmeyerundsernau.com

Gruß und Dank senden wir an:

Ein Projekt wie Link:up funktioniert nur in Zusammenarbeit mit vielen klugen, erfahrenen und diversen Partnern.

An dieser Stelle danken und grüßen wir unter anderem:

KARUNA eG,

Erich-Zeigner-Haus e.V.

Gedenkstätte Hohenschönhausen

Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg

pewobe g GmbH in Frankfurt (Oder)

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Kooperationsnetzwerkes

Prävention Linksextremismus (Link:up).

Für inhaltliche Aussagen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Die Veröffentlichung erfolgte im Rahmen des Netzwerks Link:up:

Link:up
KOOPERATIONSNETZWERK
PRÄVENTION LINKSEXTREMISMUS

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**



B INSTITUT FÜR
BERATUNG,
BEGLEITUNG UND
BILDUNG E.V.

www.institut-b3.de